

Freiheit und Verantwortung – Plädoyer für eine moderne Netzpolitik

Beschluss des Deutschlandrates der Jungen Union vom 10. Juli 2010 in Dresden

Mit „Chancen@Deutschland“ war noch 2002 ein Beschluss des Bundesvorstandes der CDU zum Thema „Internet“ überschrieben. Zu Beginn des neuen Jahrtausends hatten sich CDU und CSU auf die Fahnen geschrieben, das Thema Internet als Zukunftsthema stärker zu besetzen. Dies ist besonders wichtig, da die Themen Internet und soziale Netzwerke in Deutschland vergleichsweise negativ dargestellt und wahrgenommen werden. Dabei werden viele Erleichterungen, die uns das Internet gebracht hat, für selbstverständlich genommen:

So kann der im ländlichen Raum Lebende heute viel leichter Waren finden und bestellen, die es in seiner Umgebung nicht gibt. So kann die junge Mutter von zu Hause aus weiterhin für ihren Arbeitgeber arbeiten und unkompliziert Daten erhalten und verschicken. So kann der Unternehmer seine Produkte verkaufen, unabhängig von seinem Standort und von der Tageszeit. So kann sich der Berufstätige nach seiner Arbeit noch fortbilden, eine Sprache lernen oder einen Abschluss machen – die Unterlagen kann er sich bequem aus dem Netz laden. Vor allem bietet uns das Internet aber einen enormen Wissensvorsprung. Produkte lassen sich nicht nur leichter finden und schneller bestellen, sie lassen sich auch viel einfacher vergleichen, das Beste und Günstigste ist leicht identifiziert. Der rasche Austausch von Daten lässt weniger Möglichkeiten zur Vertuschung unerwünschter Informationen, sei es zu einem Produkt oder zu Lebensbedingungen in undemokratischen Staaten.

Leider steht die Union in der öffentlichen Wahrnehmung momentan nicht mehr für eine moderne Netzpolitik. Zu häufig haben einzelne Unionspolitiker in der Vergangenheit die Risiken, statt der enormen Chancen, die das Netz für unsere freiheitliche Gesellschaft birgt, in den Vordergrund gestellt. Als Junge Union Deutschlands plädieren wir für einen Paradigmenwechsel: CDU und CSU müssen wieder die deutschen Internetparteien werden.

Wir begrüßen, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Initiative zur Einsetzung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ ergriffen hat, die Anstöße für die Netzpolitik geben wird. Wir begrüßen auch, dass die christlich-liberale Bundesregierung noch in diesem Jahr eine umfassende Strategie zur digitalen Zukunft Deutschlands vorlegen wird. Die unionsgeführte Bundesregierung hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren auf vielfältige Weise mit der Netzpolitik beschäftigt: Unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums findet jährlich der Nationale IT-Gipfel statt, Bundesinnenminister Thomas de Maizière

37 lädt die Netzgemeinde zu einem Netzdialog ein. Auch Familien-, Verbraucherschutz- und Jus-
38 tizministerium sind regelmäßig mit netzpolitischen Themen befasst. Da das Internet mittler-
39 weile alle Lebensbereiche durchdringt, fordern wir eine stärkere Bündelung und Koordinie-
40 rung dieser Initiativen. Trotz der Notwendigkeit, haushaltspolitische Schwerpunkte setzen zu
41 müssen, halten wir einen Internet-Staatsminister bzw. eine Staatsministerin im Kanzleramt für
42 dringend erforderlich. Bisher wurden viele Themen der Netzpolitik nur stückchenweise von
43 einzelnen Ministerien bearbeiten, wir benötigen ganzheitliche Lösungen. Denn die zuneh-
44 mende Digitalisierung wird das Leben jedes Einzelnen und der Gesellschaft künftig in allen
45 Lebensbereichen erheblich umwälzen, sofern dies nicht schon längst geschehen ist – in der
46 Arbeitswelt, in Schulen und Hochschulen sowie in der Freizeit.

47 Das Internet ist das freiheitlichste Kommunikations- und Informationsmedium der Welt. Zur
48 Freiheit gehört aber auch immer die Verantwortung für sich und für andere. Eine moderne
49 Netzpolitik muss daher Freiheit mit Verantwortung verbinden. Der Staat sollte dabei grund-
50 sätzlich so wenig wie möglich eingreifen, zumal seine Befugnisse im World Wide Web an
51 Grenzen stoßen. Soweit internationale Einrichtungen mit netzweiten Regulierungsbefugnis-
52 sen notwendig sind, muss deren Arbeit transparent und demokratisch legitimiert sein.

53 Insgesamt sehen wir in folgenden Bereichen der Netzpolitik besonderen Handlungsbedarf:

54

55 **I. Internet für alle – digitale Spaltung verhindern**

56 **Flächendeckende Breitbandversorgung**

57 Moderne Hochgeschwindigkeitsnetze und eine flächendeckende Breitbandversorgung sind
58 für zukünftiges Wirtschaftswachstum unverzichtbar. Nach aktuellen Studien werden durch
59 den Breitbandausbau bis zum Jahr 2020 europaweit über eine Million Arbeitsplätze neu ge-
60 schaffen. Deutschland hat hier noch Nachholbedarf. Im Jahr 2009 hatten erst 65 Prozent der
61 deutschen Haushalte Zugang zu Breitbandnetzen. Die Politik muss zusammen mit der Wirt-
62 schaft dafür sorgen, dass Unternehmen und privaten Nutzern sowohl in Ballungsräumen als
63 auch im ländlichen Raum eine moderne Netzinfrastruktur zur Verfügung steht. Zu einer „digi-
64 talen Spaltung“ der Gesellschaft darf es nicht kommen.

- 65 • Die in der Breitbandstrategie der Bundesregierung geplanten Maßnahmen zum flä-
66 chendeckenden Breitbandausbau und zum beschleunigten Ausbau von Hochge-
67 schwindigkeitsnetzen müssen weiterhin zügig umgesetzt werden.
- 68 • Um Monopolstellungen zu verhindern, müssen Übertragungswege im Wettbewerb
69 stehen. In diesem Sinne sollten alle Übertragungswege, drahtlose wie drahtgebunde-
70 ne, gleichermaßen ausgebaut und weiterentwickelt werden. Die sogenannte „digitale

71 Dividende“ sowie Synergieeffekte mit vorhandenen Infrastrukturen sollten dabei zügig
72 genutzt werden.

73 • Wir begrüßen nachdrücklich die Eigeninitiativen von Kommunen und Bürgerinitiati-
74 ven, in zurzeit noch nicht versorgten Regionen eigene Breitbandnetze zu errichten.
75 Nach dem „Best-Practice-Prinzip“ sollten erfolgreiche Lösungsmodelle auch für andere
76 Regionen und Kommunen als Beispiel dienen. Grundsätzlich bleibt es staatliche Auf-
77 gabe, durch eine geeignete Regulierung dafür zu sorgen, dass alle Regionen unseres
78 Landes Zugang zur Breitbandinfrastruktur erhalten.

79 • Kommerziellen Lösungen und Kooperationen muss Vorrang eingeräumt werden. Der
80 Staat hat die Aufgabe, durch einen modernen investitions- und innovationsfreundli-
81 chen Regulierungsrahmen sicherzustellen, dass der Zugang fair und marktwirtschaft-
82 lich organisiert wird.

83

84 **Soziale digitale Spaltung verhindern**

85 Neben der Gefahr einer „technischen digitalen Spaltung“, besteht auch die Gefahr, dass be-
86 stimmte soziale Gruppen wie Ältere, sozial Schwache oder Migranten von der Nutzung mo-
87 derner Informations- und Kommunikationstechnologien ausgeschlossen werden. Da das Be-
88 herrschen dieser Technologien zu einer modernen Kulturtechnik geworden ist und über sozia-
89 le, berufliche und gesellschaftliche Aufstiegschancen mitentscheidet, muss allen der Zugang
90 möglich sein.

91 • Wir unterstützen daher die Initiative „Internet erfahren“ der Bundesregierung, die die
92 Integration aller Bevölkerungsgruppen in die Informationsgesellschaft zum Ziel hat.
93 Diese ist fortzuführen und auszubauen.

94 • Weiterbildungsträger wie Volkshochschulen und Familienbildungsstätten sind gefor-
95 dert, weitere zielgruppenspezifische Angebote zu schaffen.

96 • Auch die Sozialpartner sind hier gefordert: In der beruflichen Weiterbildung muss im
97 Sinne des „lebenslangen Lernen“ das Beherrschen moderner Kommunikationstechno-
98 logien eine verstärkte Rolle spielen. Die Junge Union wird hier mit gutem Beispiel vo-
99 rangehen und vor Ort etwa Schulungen und Unterstützung anbieten.

100

101 **Netzneutralität**

102 Das freie Internet, bei dem die Netzbetreiber keinen Unterschied bei den Inhalten oder An-
103 wendungen machen, die über ihr Netz verbreitet werden können, ist seit Jahren ein Erfolgs-
104 modell. Es ist die Basis für viele, heute nicht mehr wegzudenkende Internetdienste und Inno-
105 vationen. Wir setzen uns daher dafür ein, die Transport- und die Dienstebene im Internet wei-

106 ter zu trennen. Sollte der bestehende Wettbewerb die neutrale Datenübermittlung durch die
107 Netzanbieter nicht mehr sicherstellen, müssen diese gesetzlich dazu verpflichtet werden, alle
108 Dienste anzubieten, um so die Netzneutralität zu wahren.

109

110 **II. Wirtschaft und Innovation**

111 Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind Grundlage für Wirt-
112 schaftswachstum und Innovation. Daher sind sie vor dem Hintergrund zunehmender Globali-
113 sierung insbesondere in der aktuellen wirtschaftlichen Krise für den Standort Deutschland
114 bedeutsam. Allein bei umweltschonenden IT-Lösungen kann unser Land bis 2020 ein Umsatz-
115 potenzial von etwa 82 Milliarden Euro erschließen.

116 • Die vier Wachstumscluster der IKT-Wirtschaft „Software und Internet“, „Green-IT“, „in-
117 telligente Vernetzung“ sowie „Gesundheit und Demographie“ müssen weiterhin ge-
118 zielt gefördert werden.

119 • Um Deutschlands Vorreiterrolle beispielsweise bei Verkehrstelematik, Gesundheits-
120 versorgung und E-Energy auszubauen und in anderen Bereichen zu erreichen, ist im
121 Rahmen der neuen IKT-Strategie der Bundesregierung, die im Sommer 2010 vorgelegt
122 werden soll, ein Schwerpunkt beim Thema „Intelligente Netze“ zu setzen.

123 • In dem sich schnell wandelnden IT-Markt, gilt es auch künftig, Wachstumsbereiche zü-
124 gig zu erkennen und zielsicher zu fördern.

125 • Wir brauchen mehr Fachkräfte für die so genannten MINT-Fächer (Mathematik, Infor-
126 matik, Naturwissenschaft und Technik). Dafür muss die berufliche Aus- und Weiterbil-
127 dung weiterentwickelt und die Durchlässigkeit zur Hochschulbildung verbessert wer-
128 den. Die IT-Studiengänge müssen gestrafft und anwendungsbezogener gestaltet wer-
129 den.

130 • Da ein Ausfall des Internet mittlerweile zu großen volkswirtschaftlichen Schäden führt,
131 müssen an allen kritischen Stellen der Netzinfrastruktur Redundanz- und Sicherheits-
132 systeme vorhanden sein. Es darf nicht sein, dass – wie bereits geschehen – ganze Be-
133 reiche des Internet ausfallen. Gegebenenfalls muss der Staat Rahmenvorgaben ma-
134 chen. Dazu gehört auch, dass kritische Netzinfrastrukturen vor Bedrohungen durch
135 Computer- und Internetkriminalität, -terrorismus, -spionage und -sabotage geschützt
136 werden müssen.

137

138

139 **III. Bildung, Kultur und Medien**

140 **Medienkompetenz verbessern**

141 Im Zeitalter von Internet und Computerspielen muss es ein wesentliches Ziel von Bildung und
142 Erziehung sein, junge Menschen auf einen bewussten, verantwortlichen und kritischen Um-
143 gang mit Medien vorzubereiten. Digitaler Analphabetismus muss verhindert werden. Medien-
144 kompetenz ist eine Grundvoraussetzung für sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Auf-
145 stieg und der beste Schutz vor Risiken. Die Verantwortung liegt hierbei in erster Linie bei den
146 Eltern, die in ihren Bemühungen unterstützt werden müssen. Darüber hinaus müssen Erzieher
147 und Lehrer verstärkt in dieser Thematik geschult werden.

- 148 • Die Junge Union Deutschlands setzt sich für den Modellversuch eines eigenen Schul-
149 fachs „Medienkunde“ ein. Es reicht heute nicht mehr aus, das Thema Medien ab und an
150 im Unterricht anzusprechen. In einem eigenen Schulfach hätten Lehrer dagegen genü-
151 gend Zeit, mit ihren Schülern über deren Erfahrungen im Umgang mit Medien zu spre-
152 chen, ihnen die vielfältigen Möglichkeiten (z.B. Recherchetechniken) der Arbeit mit
153 den „neuen“ Medien zu erklären und sie auf Gefahren und Probleme hinzuweisen. Me-
154 dienkompetenz ist mehr als Technikkompetenz. Ziel der Internetbildung muss auch
155 die Fähigkeit sein, aus einer wachsenden Menge von Informationen Wissen hervorzu-
156 bringen. Daneben muss auch weiterhin auch fächerübergreifend mit dem Internet ge-
157 arbeitet werden.
- 158 • Die Lehrkräfte aller Fachrichtungen müssen fachlich und didaktisch auf die Vermitt-
159 lung von Medienkompetenz vorbereitet werden. Um den Lehrkräften die Möglichkeit
160 zu geben, ihrem Auftrag gerecht zu werden, ist auch in der Aus- und Fortbildung der
161 Lehrer ein neuer Schwerpunkt auf Medienbildung zu legen.
- 162 • In der Bundeszentrale für politische Bildung muss der Schwerpunkt Medienkompetenz
163 weiter ausgeweitet werden, um Schülern, Eltern, Lehrern und allen Interessierten Ma-
164 terialien zum Umgang mit den neuen Medien an die Hand zu geben. Hier könnte bei-
165 spielsweise ein „Unterrichtsleitfaden Neue Medien“ zur Verfügung gestellt werden.
- 166 • Auch die Anbieter von Medieninhalten müssen sich ihrer Verantwortung stärker be-
167 wusst werden und verstärkt Aufklärungsarbeit leisten. Die Kampagne „Schau hin was
168 Deine Kinder machen!“ ist hierfür ein positives Beispiel. Wir begrüßen in diesem Zu-
169 sammenhang auch die bereits bestehenden Initiativen der Bundesregierung wie
170 „fragfinn.de“ oder „Ein Netz für Kinder“.
- 171 • Auch die Träger der Erwachsenenbildung wie Volkshochschulen, Familienbildungsstät-
172 ten und Mehrgenerationenhäuser sind aufgefordert, sich noch stärker dem Thema
173 Umgang mit Medien zu widmen.

175 **Bekämpfung von Online- und Computerspiel-Sucht**

176 Zur Medienkompetenz gehört neben sachlich-technischen Fähigkeiten auch eine bewusste,
177 Nutzung der Anwendungen. Jeder Einzelne ist selbstverantwortlich für die Dauer und die In-
178 tensität des Umgangs mit dem Computer; zudem sind die Eltern gefordert, das Verhalten ih-
179 rer bei Kinder im Blick zu behalten, um Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu vermeiden.
180 Leider ist in den letzten Jahren die Anzahl an Betroffenen mit exzessivem bzw. süchtigem
181 Computerspielverhalten im Kindes- und Jugendalter sowie bei jungen Erwachsenen stark an-
182 gestiegen. Neben der Prävention durch eine Erhöhung der Medienkompetenz bei Jugendli-
183 chen und Erwachsenen, müssen wir auch die Behandlungsmöglichkeiten stärken. Es ist erfor-
184 derlich, flächendeckend Beratungsstellen einzurichten und für mehr Aufklärung bei den Fach-
185 leuten (Mediziner, Pädagogen etc.), Eltern und in den Medien zu sorgen. Auch die Erforschung
186 dieses recht neuen Sucht-Phänomens muss verstärkt werden.

187

188 **Sicherung des kulturellen Erbes und digitale Bibliotheken**

189 Die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft stellt auch neue Anforderungen an die Si-
190 cherung und langfristige Archivierung des kulturellen Erbes Deutschlands und seine Nutzung.

- 191 • Nachdem die Europäische Union im Jahr 2008 mit dem Portal „Europeana“ bereits den
192 Anfang gemacht hat, begrüßen wir die von Bund, Länder und Kommunen gemeinsam
193 getragenen Initiative zur Gründung einer Deutschen Digitalen Bibliothek, in der die
194 Bestände von über 30.000 Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen erstmals über ein
195 nationales Zugangportal online für jedermann zugänglich gemacht werden sollen.
- 196 • Wir begrüßen die Initiative für ein Fördermodell der Digitalisierung der Kinos in
197 Deutschland, das gemeinsam mit der Filmförderungsanstalt (FFA) erarbeitet wurde. Es
198 hat zum Ziel, die Kinolandschaft in der Fläche zu erhalten und so eine kulturelle
199 Grundversorgung langfristig zu gewährleisten, was besonders für den ländlichen Raum
200 von erheblicher Bedeutung ist. Mit diesem Programm sollen die Kinos unterstützt
201 werden, die den Umrüstungsprozess von analoger auf digitale Projektionstechnik fi-
202 nanziell nicht aus eigener Kraft bewältigen könnten und aus diesem Grund über kurz
203 oder lang vor dem Aus stehen würden. Im Etat des Beauftragten für Kultur und Medien
204 (BKM) sind bereits vier Millionen Euro zu diesem Zweck vorgesehen. Geplant ist ein
205 Start des Programms im Sommer 2010.
- 206 • Da auch Computer- und Videospiele zum Kulturgut gehören, muss es – analog zur
207 Pflichtexemplar-Regelung für Bücher – auch hierfür eine verpflichtende Archivie-
208 rungsregel geben.

- 209 • Da die Bewahrung komplexer digitaler Inhalte – unter anderem von Spielen – einige
210 Probleme mit sich bringt – z.B. dass alte Datenträger von neuer Hardware nicht mehr
211 lesen werden können – muss weiterhin untersucht werden, wie man auch künftigen
212 Generationen Zugriffsmöglichkeiten auf das kulturelle Erbe der Menschheit gewähren
213 kann.
- 214 • Deutschlandweit entstehen derzeit unter dem Schlagwort „Onleihe“ digitale Biblio-
215 theken, die analog zu klassischen Bibliotheken das „virtuelle Entleihen“ von Texten,
216 Filmen oder Musikwerken über das Internet ermöglichen. Dieses Modell gilt es flä-
217 chendeckend umzusetzen.

218

219 **Öffentlich-rechtliche Inhalte im Internet**

220 Fernsehen und Radio sind heute nicht mehr an bestimmte Geräte gebunden. So kann man
221 über Smartphones, Laptops und Tabletcomputer heute quasi an jedem Ort der Welt Multime-
222 diainhalte aus dem Internet abrufen. Aufgrund dieser Entwicklung müssen sich auch die öf-
223 fentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter weiterentwickeln können. Dies darf jedoch nicht zu
224 Lasten des Wettbewerbes gehen.

- 225 • Wir bekräftigen daher den Beschluss des JU-Deutschlandrates vom 28./29. Juni 2008,
226 wonach der Grundversorgungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten klarer defi-
227 niert werden muss, um eine stärkere Abgrenzung zu den privaten Anbietern zu errei-
228 chen.
- 229 • Wir bleiben dabei, dass die Inhalte des öffentlich-rechtlichen Onlineangebots zukünf-
230 tig strikt programmbezogen bzw. sendungsbegleitend sein und sich neue Inhalte ei-
231 nem „Public-Value-Test“ unterziehen müssen.

232 Dennoch sehen wir bei den derzeitigen rundfunkrechtlichen Regelungen Korrekturbedarf:

- 233 • Eine Löschung bereits vorhandener Inhalte ist nicht sinnvoll, da so vorhandenes Wis-
234 sen in enormer Menge vernichtet wird.
- 235 • Die zeitliche Begrenzung von Inhalten ist wenig nutzerfreundlich und muss überprüft
236 und gegebenenfalls abgeschafft werden.

237

238 **Urheber- und Leistungsschutzrecht**

239 Das Urheberrecht und der Schutz des geistigen Eigentums sind Grundlagen für Innovation
240 und Wirtschaftswachstum in unserer Gesellschaft. Die so genannte „Kostenloskultur“ des In-
241 ternet untergräbt die Existenzgrundlagen der Künstler sowie die damit verbundenen Struktu-
242 ren bei Verlagen, Musik- und Filmproduzenten. Auf der anderen Seite ermöglicht die kosten-

243 lose Verbreitung im Internet einen einfachen Zugang für viele Menschen zu Texten, Filmen,
244 Bildern und Musik.

- 245 • Forderungen, das Urheberrecht abzuschaffen, lehnen wir ab. Das geistige Eigentum
246 muss geschützt bleiben. Dabei muss jedoch auch die im Urheberrecht verankerte Zu-
247 lässigkeit der Privatkopie beibehalten werden.
- 248 • Wir fordern die Stärkung des Bewusstseins für den Wert geistigen Eigentums in der
249 Gesellschaft. So muss z.B. das Bewusstsein dafür wieder gestärkt werden, dass die
250 Nutzung von Online-Tauschbörsen, in denen urheberrechtlich geschützte Inhalte ge-
251 tauscht werden, und einen klaren Rechtsverstoß darstellt.
- 252 • Urheberrechtlich geschützte Leistungen müssen auch im Internet vergütet werden:
253 Individuelle Abrechnungssysteme haben dabei Vorrang vor Pauschalabgaben auf IT-
254 Geräte. Hierzu müssen von Seiten der Wirtschaft diskriminierungsfreie Bezahlssysteme
255 mit niedrigen Transaktionskosten für Klein- und Kleinstbeträge stärker genutzt bzw.
256 weiterentwickelt werden.
- 257 • Wir sprechen uns gegen die Einführung eines speziellen Urheber- und Leistungsschutz-
258 rechts für Verlage aus. Anstatt nach neuen urheberrechtlichen Spezialregeln im Online-
259 bereich zu rufen, fordern wir die Verlage dazu auf, sich dem Wettbewerb im Internet
260 zu stellen und sich der Entwicklung neuer, innovativer Geschäfts- und Vermarktungs-
261 modelle zu widmen. Dass dies funktioniert, zeigt die Musikindustrie, die sich erst nach
262 langem Zögern auf die Möglichkeit des Downloads im Internet eingelassen hat. Mitt-
263 lerweile gibt es zahlreiche unterschiedliche Portale für den legalen Download, die Um-
264 sätze der Musikindustrie steigen und es konnten sogar neue Käuferschichten erschlos-
265 sen werden.
- 266 • Auch eine staatliche sog. „Kulturflatrate“, bei der durch die Zahlung eines Zwangsbe-
267 trages an eine Verwertungsagentur, sämtliche Lizenzabgaben als abgegolten gelten,
268 lehnen wir aus ordnungspolitischen Gründen ab.
- 269 • Das derzeit zwischen der Europäischen Union und anderen Staaten ausgehandelte
270 ACTA-Abkommen zur Bekämpfung von Marken- und Produktpiraterie darf – wie im
271 Koalitionsvertrag festgelegt – keine verpflichtenden Internetsperren und keine
272 Verpflichtung für die teilnehmenden Staaten enthalten, bei Verletzung von
273 Copyrightrechten eine abgestufte Sperrung des Internetzugangs („Three Strikes“)
274 vorzuschreiben. Die ACTA-Verhandlungen müssen künftig transparent und nachvoll-
275 ziehbar geführt werden.

276

277

278 **Computer- und Videospiele**

279 Computer- und Videospiele verschiedener Art sind ein wichtiger Teil der Unterhaltungskultur
280 der jungen Generation und haben als „Mitmachmedium“ ein viel intelligenteres Potenzial als
281 z.B. das Fernsehen. Außerdem ist die Spielebranche mit 1,53 Milliarden Euro Umsatz in 2009
282 und schätzungsweise 10.000 Arbeitsplätzen ein wichtiger, wachsender Wirtschaftsbereich.

283 Gleichzeitig gilt es, die Spielebranche als wichtigen Teil der Kreativwirtschaft weiter zu för-
284 dern. Hier ist es besonders wichtig, jungen Entwicklerstudios eine Perspektive einzuräumen
285 und die Ausbildung von kreativen Designern, Grafikern und Programmierern zu standardisie-
286 ren. Wir begrüßen die Installation des Deutschen Computerspielpreises, der auf Initiative der
287 CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesem Jahr zum zweiten Mal vom BKM sowie den Bran-
288 chenverbänden vergeben wurde. Hier wünscht sich die Junge Union Deutschlands allerdings
289 eine breitere Akzeptanz deutscher Spieleproduktionen. Diesen und weitere Ansätze gilt es
290 weiter zu entwickeln.

291 Spiele sollten daher gefördert, statt pauschal öffentlich kritisiert werden. Das von der Innen-
292 ministerkonferenz der Länder beschlossene Herstellungs- und Verbreitungsverbot sogenann-
293 ter „Killerspiele“ lenkt daher von den eigentlichen Problemen ab und löst sie nicht. Die Schuld
294 für gesellschaftliche Fehlentwicklungen bei Actionspielen abzuladen, greift zu kurz. Unbestrit-
295 ten müssen Kinder und Jugendliche vor Spielen geschützt werden, die für ihr Lebensalter un-
296 geeignet sind. Dafür steht aber mit dem Jugendmedienschutz und der Unterhaltungssoftware
297 Selbstkontrolle (USK) bereits ein bewährtes System zur Verfügung. Dieses muss konsequent
298 angewandt und Verstöße entsprechend sanktioniert werden. Die Wirtschaft ist hier genauso
299 in die Verantwortung zu nehmen wie Eltern und Lehrer, die an Schlüsselpositionen in der Ge-
300 sellschaft stehen.

301

302 **IV. E-Government und E-Demokratie**

303 Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien bietet die Möglich-
304 keit, Verwaltung einfacher, effizienter und bürgernäher zu gestalten (E-Government) sowie
305 die demokratische Teilhabe der Bürger zu beleben und demokratische Prozesse transparenter
306 zu machen (E-Demokratie). Das Internet ist kein Allheilmittel gegen Bürgerferne und Politik-
307 verdrossenheit. Aber es ist eine große Chance, die Teilhabe des einzelnen Bürgers an der mo-
308 dernen Demokratie zu stärken.

309

310 **E-Government**

- 311
- Wir brauchen eine einheitliche gesamtstaatliche Strategie für das E-Government (E-
312 Government-Gesetz). Dabei müssen Anforderungen an die elektronischen Verfahren

313 reduziert und vereinheitlicht werden sowie eine einheitliche Plattform für die elektro-
314 nische Kommunikation innerhalb der staatlichen Verwaltung und mit dem Bürger auf-
315 gebaut werden. Die Vernetzung der öffentlichen Verwaltung erfordert und ermöglicht
316 es, die internen Strukturen grundsätzlich zu modernisieren und zu verschlanken. Hie-
317 rarchien müssen abgebaut und Kompetenzen neu definiert werden.

318 • Analog der erfolgreichen Behördenrufnummer D115, die zügig für das gesamte Bun-
319 desgebiet ausgebaut werden muss, brauchen wir auch im Internet ein einheitliches
320 Einstiegsportal für Bund, Länder und Kommunen.

321 • Wir begrüßen die von der Bundesregierung beabsichtigte Einführung von De-Mail, mit
322 dem Staat und Wirtschaft gemeinsam ein Angebot schaffen, über das Unternehmen,
323 Bürger und die Verwaltung rechtssicher im Internet elektronische Nachrichten austau-
324 schen können.

325 • Auch der zum 1. November 2011 eingeführte neue Personalausweis wird als sichere
326 Möglichkeit zur Authentisierung elektronische Geschäfte und die Kommunikation
327 über das Internet sicherer machen.

328 • Offene Standards sollen weiterentwickelt und definiert werden.

329 • Die elektronische Steuererklärung ELSTER muss interaktiv und serviceorientiert aus-
330 gebaut werden. Jeder, der seine Steuererklärung online abgibt, soll einen Abzug von
331 seiner Steuerpflicht in Höhe von 15 Euro erhalten. Auf diese Weise kann die Verwal-
332 tung einen Teil der ihr ersparten Aufwendungen an die Nutzer weiter geben.

333

334 **E-Demokratie**

335 • Mit der Möglichkeit elektronische Petitionen einzureichen, hat der Deutsche Bundes-
336 tag eine gute neue Möglichkeit der demokratischen Teilhabe geschaffen. Bei den Bera-
337 tungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ soll der Bürger
338 auf Initiative der Unionsfraktion quasi als 18. Sachverständiger bei den Beratungen
339 „virtuell“ mit am Tisch sitzen und es sollen neue Formen der Bürgerbeteiligung aus-
340 probiert werden. Es gilt auch in Zukunft alle kommunikativen Möglichkeiten des Inter-
341 nets zu nutzen, um den Bürger stärker am Meinungs- und Willensbildungsprozess zu
342 beteiligen.

343 • Auch staatlich finanzierte Forschungsergebnisse sollten künftig frei zugänglich sein
344 (Open-Access).

345 • Die Chancen der „neuen“ Medien zur Erhöhung der demokratischen Teilhabe der Bür-
346 ger sind auch eine Herausforderung für die Parteien. Die Nutzung der neuen Medien
347 bei CDU und CSU darf sich nicht dadurch erschöpfen, dass Twitter, Facebook und Co.

348 lediglich als zusätzlicher Verbreitungskanal zu Homepage und E-Mail genutzt werden.
349 Es müssen neue Möglichkeiten zur echten Mitwirkung von Parteimitgliedern und Bür-
350 gern entwickelt und genutzt werden. So nutzt beispielsweise die überparteiliche
351 Facebook-Gruppe „Privacy Control Now“ das Medium des sozialen Netzwerkes, um für
352 ihr Anliegen auch Mitglieder des sozialen Netzwerkes zu gewinnen, die bisher noch
353 kaum Berührung mit politischen Vorgängen hatten.

354

355 **V. Risiken der neuen Medien**

356 **Verbraucher- und Datenschutz**

357 Eine vernetzte Wirtschaft verlangt mehr Eigenverantwortung von Verbrauchern. Dieser ist
358 zuallererst selbst für den Schutz und den verantwortlichen Umgang mit seinen eigenen Daten
359 zuständig. Hierbei muss gewährleistet sein, dass der Anwender stets die Kontrolle über seine
360 persönlichen Daten behält. Genutzt werden können diese Freiheiten aber nur, wenn Bürger
361 und Wirtschaft dem Internet vertrauen. Daher müssen Politik und Wirtschaft Rahmenbedin-
362 gungen schaffen, die den Daten- und Verbraucherschutz sicherstellen. Ohne Vertraulichkeit
363 der Kundendaten gibt es auch kein Vertrauen in das Internet.

364 Wie bei jeder technischen Innovation gilt es, die enormen Chancen, die das Netz birgt, für
365 unsere moderne Wissensgesellschaft zu nutzen, ohne dabei mögliche Schattenseiten aus dem
366 Blick zu verlieren. So ist z.B. das derzeit viel kritisierte Tool „Google Street View“ ein faszinie-
367 render Dienst. Mit Hilfe von wenigen Mausklicks kann man virtuelle Reisen an viele Orte der
368 Welt machen. Viele interessante Anwendungen sind denkbar. Die von den Kritikern angeführ-
369 ten Probleme kann man durch die geltende Widerspruchslösung und dadurch in den Griff be-
370 kommen, dass Autokennzeichen und Personen unkenntlich gemacht und somit Persönlich-
371 keitsrechte gewahrt bleiben. Auch das zweifelhafte scannen von WLAN-Netzen wurde bereits
372 gestoppt.

373 • Jeder Nutzer muss die Gefahren und Schutzmöglichkeiten im Internet kennen. Umfas-
374 sende Medienkompetenz ist die wirksamste Prävention. Wirtschaft und Staat müssen
375 hier gemeinsam für mehr Aufklärung sorgen.

376 • Dienstanbieter – insbesondere Betreiber von sozialen Netzwerken wie Facebook – sind
377 aufgefordert, den Schutz persönlicher Daten künftig transparenter zu gestalten. Schon
378 bei der Eingabe der Daten bei der Anmeldung muss der Nutzer durch sog. „Opt in“
379 auswählen können, wer seine Daten einsehen kann, wozu diese genutzt werden und
380 wer sie nutzen darf. Die Daten müssen jederzeit änderbar sein. Daten, die der Nutzer
381 nicht freigeben möchte, sind vom Dienstbetreiber entsprechend dem aktuellen techni-
382 schen Stand optimal vor dem Zugriff anderer zu schützen.

- 383 • Die Stiftung Warentest bietet den Verbrauchern seit Jahrzehnten verlässliche und un-
384 abhängige Produktinformationen. Sie sollte künftig auch strukturiert im Rahmen des
385 Datenschutzes arbeiten und Qualitätssiegel in Sachen Datenschutz vergeben. Dieses
386 könnte das Vertrauen der Kunden auf die Datensicherheit – nicht nur bei Internet-
387 diensten – erheblich steigern.
- 388 • Öffentliches muss öffentlich bleiben. Leider führt die Diskussion zum Thema Daten-
389 schutz immer wieder dazu, dass für die Gesellschaft wertvolles Wissen durch öffentli-
390 che Datensammlungen in Frage gestellt wird. Dies kann man besonders gut beim in
391 Deutschland stark umstrittenen Google-Dienst „Google Streetview“ sehen. Dabei läuft
392 das Programm in vielen Ländern seit Jahren ohne nennenswerte Probleme und Protes-
393 te. Denn trotz der recht konstruierten Missbrauchshypothesen wurde bisher nieman-
394 dem ein Schaden zugefügt, erhöhte Einbruchsraten sind nirgends festgestellt worden.
395 Im Gegenteil: Streetview erweitert wie auch Google Maps und Google Earth den Blick
396 für die Welt. Es eröffnet Möglichkeiten, Reise- und Ausflugsziele vorher zu erkunden.
397 Und nicht zuletzt wird es zunehmend auch zu einem wichtigen Faktor im Stadtmarke-
398 ting, weil Gäste und Investoren sich auf diesem Weg über den Standort informieren.
399 Im Übrigen unterliegen diese Aufnahmen der seit dem Kaiserreich geltenden Panora-
400 mafreiheit, sind also vollkommen legal. Um von vornherein Datenschutzprobleme zu
401 vermeiden, werden Personen und Autokennzeichen ohnehin unkenntlich gemacht.
402 Deshalb fordern wir eine sachliche Debatte, die nicht von Angst und Misstrauen be-
403 herrscht wird.
- 404 • Wir wollen den Missbrauch bei massenhaften Abmahnungen in Fragen des Urheber-
405 rechts im Internet beenden. Mit der Begrenzung der Abmahngebühren auf 100 Euro
406 bei einfachen, nichtkommerziellen Verstößen gegen Urheberrechte hat der Deutsche
407 Bundestag hier erste richtige Schritte getan.

408

409 **Bekämpfung von Internetkriminalität**

410 Eine absolute Sicherheit kann es nicht geben – weder online noch offline. Natürlich gelten
411 online die gleichen Gesetze wie offline. Wie in anderen Sozialbereichen hat der Staat auch im
412 Internet Anspruch und Aufgabe, zu einer größtmöglichen Sicherheit beizutragen. Dabei muss
413 aber jeder staatliche Eingriff mit den Grundsätzen der privaten Freiheit und Anonymität ab-
414 gewogen werden. Dass das BKA, die 2008 geschaffene Möglichkeit der Online-Durchsuchung
415 als „ultima ratio“ bisher nicht genutzt hat, zeigt, dass unser Rechtsstaat mit seinen Mitteln
416 sehr verantwortlich umgeht. Gerade im dezentral und global strukturierten Internet ist eine
417 zentrale oder rein nationale Steuerung weder möglich noch erstrebenswert. Die Sicherheits-

418 architektur muss vielmehr beim einzelnen Nutzer ansetzen. Hier ist die Eigenverantwortlich-
419 keit aller Beteiligten gefragt.

- 420 • Die Junge Union Deutschlands spricht sich klar für den Grundsatz „Löschen statt Sper-
421 ren“ im Internet aus. Sperrungen sind nutzlos, kontraproduktiv und zudem relativ
422 leicht zu umgehen. Insofern ist die nun wieder entflammte Debatte auf EU-Ebene, aber
423 auch in Deutschland über die mögliche Einführung solcher Sperren unverständlich und
424 überflüssig. Gleichwohl müssen kriminelle Inhalte auch im Internet entschieden be-
425 kämpft und möglichst schnell gelöscht werden. Das ist gerade bei der Bekämpfung von
426 Kinderpornografie notwendig, bei der zudem mit polizeilichen Mitteln wie Observie-
427 rungen oder Razzien gearbeitet werden muss. Durch das bloße Sperren derartiger Sei-
428 ten wären die Inhalte nach wie vor im Netz. Beim Vorgehen gegen Datendiebstahl
429 durch „Phishing-E-Mails“ zeigt sich hingegen mit Erfolg, dass die Löschung illegaler In-
430 halte schnell, unkompliziert und vor allem sehr wirksam erfolgen kann. Dafür müssen
431 die Kompetenzen und Fähigkeiten der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte auf
432 diesem Gebiet verbessert und ausgebaut werden. Für eine zeitnahe Strafverfolgung ist
433 eine Anpassung von technischer und personeller Ausstattung an die starke Nutzung
434 und große Bedeutung des Internets sicherzustellen.
- 435 • Wir brauchen einen „Schengen-Raum“ für das Internet. Die Bekämpfung der Internet-
436 kriminalität muss global sein: Strafverfolgungsbehörden müssen international koope-
437 rieren, Standards in Strafrecht und Strafverfolgung müssen abgestimmt werden.
- 438 • Wir brauchen einen erweiterten Schutz vor Hackern, Viren und SPAM. Hierzu könnten
439 die Hersteller von Hard- und Softwareprodukten mit Hilfe des Produkthaftungsrechts
440 zum standardisierten Einbau von Schutzmaßnahmen angehalten werden. Außerdem
441 ist die Einführung eines Gütesiegels der IT-Branche für Produkte, die technische
442 Sicherheitsstandards erfüllen, zu überprüfen.

443

444 **Auch in Zukunft gilt: Freiheit und Verantwortung**

445 Die weitere Entwicklung der neuen Medien wird unsere Gesellschaft immer wieder vor Her-
446 ausforderungen stellen. Die Junge Union Deutschlands setzt zu deren Bewältigung auf einen
447 offenen Dialog ohne Vorbehalte. Gemeinsames Ziel muss es dabei immer sein, einen Rahmen
448 für die Nutzung der neuen Möglichkeiten in Freiheit und Verantwortung zu finden.